

leserbriefe@freiepresse.de

Leserbrief zu Ihrem Beitrag „Kubanische Beamte droht privatem Helfer mit Haftstrafe“ veröffentlicht in der Freien Presse vom 23. Dezember 2016, Seite 10 sowie „Segelverein schöpft Hoffnung“ vom 30. Dezember 2016, Seite 13

Sehr geehrte Frau Kindt-Matuschek,

die o. g. Artikel – Eindrücke von Eckhard Ahnert - lösten bei mir große Verwunderung aus.

Meines Erachtens ist es sehr naiv, zu glauben, man kann in irgendeinem Land der Welt mit 173 (oder 123) Kilogramm Übergepäck einreisen, ohne dass die Zollorgane entsprechend der rechtlich geregelten Einfuhr- und Zollbestimmungen einen Blick darauf werfen müssen. Ein Tourist hat in den meisten Fällen 23 kg Gepäck im Flugzeug zur Verfügung, alles darüber hinaus muss verzollt und damit selbst finanziert werden. Derartige internationale Bestimmungen gelten auch in Kuba. Wie viele Touristen hätte auch Herr Ahnert im Vorfeld recherchieren können, denn schon auf der Seite des Auswärtigen Amtes steht unter Besondere Zollvorschriften: "Nehmen Sie nur Dinge mit, die für Ihren persönlichen Bedarf bestimmt sind. Übermengen können beschlagnahmt werden, weil sie als unerlaubte Geschenke angesehen werden könnten." Korruption bzw. Bevorteilung einiger Weniger könnte ebenfalls unterstellt werden.

Ich finde die Denkweise von Herrn Ahnert sehr arrogant, welche die o. g. Artikel widerspiegeln: „... Kuba müsste alles annehmen, was ein deutscher Tourist so im Gepäck bei sich führt. Gerade im Medizin- und Krankenhausbereich kann auch in Deutschland nicht jedermann Medizinprodukte, die zum Einsatz von Patienten bestimmt sind, einer Klinik übergeben, ohne dass diese eine offizielle Stelle prüft – insbesondere auch unter Betrachtung hygienischer Bestimmungen sowie auch die Zulassungen und Bestimmungen über Verfallsdaten von medizinischem Material. Warum sollen in Kuba andere Regularien gelten, als in anderen Ländern? Wenn Patienten aufgrund der Verwendung von Medizinprodukten, die im Vorfeld nicht auf ihre Tauglichkeit hin geprüft wurden, zu Schaden kommen, wäre das unverantwortlich. Staatliche Stellen würden zur Verantwortung gezogen, nicht Herr Ahnert, der sich über diese lustig macht. Das Umgehen oder Aushebeln offizieller Stellen geht nicht in Kuba und auch nicht in anderen Ländern ohne Ärger ab. Das kubanische Gesundheitssystem ist menschlich sehr sozial und solidarisch geprägt.

Wo Herr Ahnert um solidarische Hilfe für seine Spendenkampagne gebeten hat, bleibt im Artikel fraglich? Auch in Deutschland gibt es Hilfsorganisationen und -vereine u. a. auch für Kuba (z. B. Cuba Sí in vielen Städten Deutschlands sowie auch in Chemnitz, Netzwerk Kuba e. V. Berlin, KarEn e. V. Berlin, Soli Cuba e. V. Düsseldorf und weitere). Gern kann sich Herr Ahnert mit einer ernst gemeinten Spendenaktion mit einer der Hilfsorganisationen für Kuba auch von seinem Heimatort aus in Verbindung setzen.

Über eine gründlichere Recherche und Prüfung sachlicher sowie realitätsnaher Argumente bei der Auswahl derartiger Artikel würde ich mich freuen und die Freie Presse entsprechend weiter empfehlen.

Silke Albert, wohnhaft in Chemnitz